

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
18 / 2007

Politischer Bericht aus Brüssel

„Das Kosovo – Sorgenkind der Europäischen Union?“

04. Dezember 2007

Christina Schulz / Markus Russ,
Leiter der Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Das Kosovo – Sorgenkind der Europäischen Union?

Ohne Zweifel stellt der Balkan eine der zentralen außenpolitischen Herausforderungen für Deutschland und die Europäische Union dar. Sowohl die geographische Nähe als auch die dramatischen Auswirkungen der Gewalteskalationen in den neunziger Jahren bedingen das deutsche und EU-Engagement in der Region. So ist die Bundesrepublik Deutschland nicht nur der wichtigste Truppensteller auf dem Balkan, sondern leistet zugleich die meisten Finanzhilfen für den regionalen Aufbau vor Ort. Auf europäischer Ebene gilt das Kosovo als Prüfstein der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Nach monatelangem Tauziehen mit Russland, das als traditionelle Schutzmacht Serbiens gilt, waren die Verhandlungen über die Zukunft der Region am 19. Juli im UN-Sicherheitsrat gescheitert. Die westlichen Länder, darunter auch Deutschland, sprachen sich infolge dessen für eine Fortführung der Verhandlungen außerhalb der UN aus und zogen ihre geplante UN-Resolution zur Unabhängigkeit des Kosovo zurück. Auf der Grundlage des Vorschlags des UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari, der eine weitgehende Unabhängigkeit des Kosovo vorsieht, werden seit diesem Zeitpunkt die Gespräche mit politischen Vertretern Serbiens und des Kosovo durch die Kontaktgruppe fortgesetzt. Die Dreiergruppe, bestehend aus einem Vertreter der EU, Russlands und den Vereinigten Staaten, soll die festgefahrenen Gespräche über die Status-Frage wieder in Gang bringen. Für die Europäische Union, die unter der Führung des deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger in den Verhandlungsprozess eingebunden ist, bedeutet diese Verlagerung der Gespräche weg von der UN-Ebene einen politischen Prestigegewinn.

Offiziell dauern diese „Gesprächsverhandlungen“ jetzt noch bis zum 10. Dezember an, doch die Chancen auf eine für beide Seiten einvernehmliche Lösung sinken rapide. Chris Patten, EU-Kommissar für Außenbeziehungen, geht sogar soweit zu behaupten, dass, ausgehend vom jetzigen Verhandlungsstand, kein Weg an einer Unabhängigkeit des Kosovo vorbeiführt. Die internationale Gemeinschaft sei nach fast einem Jahrzehnt intensiven multilateralen Engagements in akuter Gefahr, nahe der letzten Hürde zu stolpern, so der ehemalige EU-Kommissar.

Die Politik der EU in und um die Krisenregion im Kosovo offenbart deutliche Schwachpunkte. Eine kontinuierlich geschlossene außenpolitische Linie ist seit Ausbruch des Konfliktes Ende der 1990er Jahre nicht erkennbar. Die Balkanproblematik wirkt vielmehr als Spaltpilz der gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union. Während neben den USA, der Türkei und Mazedonien etwa 22 EU-Mitgliedsstaaten den neuen Staat anerkennen werden, ist bei vier oder fünf EU-Ländern eine ablehnende Haltung zu erwarten.

Dieser europäische Dissens ist in vielerlei Hinsicht äußerst beunruhigend für die Zukunft des Kosovo, aber auch für die der EU selbst. Sie trägt für die Kosovo-Frage als internationaler Akteur die größte Verantwortung und wird die Auswirkungen eines Scheiterns der Verhandlungen als erste zu spüren bekommen. Wie soll eine über die Status-Frage gesplante EU zudem eine Rechtsstaatsmission im Kosovo erfolgreich durchführen können? Die rasche Inkraftsetzung des viel versprechenden Ahtisaari-Plans zur Lösung des Balkankonfliktes wurde bereits vertan.

Auch wird die Entsendung von politischen und juristischen Delegationen der EU in das Kosovo zur Ablösung der dortigen UN-Vertreter höchstwahrscheinlich am erneuten russischen Veto im UN-Sicherheitsrat scheitern. Doch selbst im Falle einer positiv verlaufenden Abstimmung wird es vermutlich der EU-Mission an mangelnder Akzeptanz und Kooperation durch die Mitgliedstaaten fehlen. Daher stellt sich die Frage, wie EU-Inspektoren, Polizeikräfte und Rechtsorgane in einem Land funktionsfähig sein sollen, das mehrere EU-Mitglieder nicht einmal anerkennen. Die bisherige Sicherheitssektorreform der UN (UNMIK) offenbarte bereits enorme Umsetzungsprobleme vor Ort aufgrund mangelnder Kooperation zwischen den einzelnen externen Akteuren.

Die Notwendigkeit einer Präsenz ziviler und militärischer Akteure im Kosovo zur nachhaltigen Stabilisierung der Region ist unumstritten, da die Etablierung einer elementaren öffentlichen und privaten Sicherheit für die Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes von existentieller Bedeutung ist. Unter dem Aspekt der Human Security betrachtet, fühlen sich momentan sowohl Kosovo-Serben als auch Kosovo-Albaner in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht, wenngleich auf unterschiedliche Art und Weise. Das überwiegende Misstrauen der kosovo-serbischen Bevölkerung gegenüber den internationalen Akteuren, wird durch die außenpolitische Spaltung der EU nicht gemindert. Bei der Operationalisierung einer Sicherheitssektorreform ist ein solides Vertrauensverhältnis innerhalb des Sicherheitssektors jedoch unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung.

Die Uneinigkeit der EU bezüglich der Status-Frage erschwert zudem die wirtschaftliche Entwicklung des Kosovo, da sie Handelsvereinbarungen und potentielle Beitrittsverhandlungen, angefangen bei Stabilisierungsmaßnahmen auf Grundlage des Südosteuropapaktes, unmöglich macht.

Momentan gilt die allgemeine Sicherheitslage des Kosovo aufgrund der Präsenz externer Akteure noch als weitgehend stabil. Bekennt sich die EU jedoch offiziell zu ihren internen Meinungsverschiedenheiten in dieser Angelegenheit, könnte dies die Serben im Norden der Region zu einer Abspaltung von dem neuen Staat ermutigen - besonders wenn keine Nato-Bodentruppen in genügender Zahl vorhanden sind und diese kein UN-Mandat für eine eventuelle Intervention haben.

Dies hätte jedoch eine allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage für die Minderheit der in der Kosovoregion verbleibenden Serben zur Folge, die in den ethnischen Enklaven im Süden des Kosovo sowie nördlich des Flusses Ibar leben. Der Ahtisaari-Plan wäre diesem Problem mit der Gewährung eines umfassenden Minderheitenschutzes begegnet.

Eine Gefahr zur Destabilisierung der Region geht schließlich auch von den im süd-serbischen Gebiet des Presevo-Tals lebenden Albanern aus, die bereits angekündigt haben, die Integration in das neue Rumpfggebiet zu fordern, falls die nordkosovarischen Serben die alten inneren Grenzen des früheren Jugoslawien wieder aufbauen.

Welche Position soll die EU aus der jetzigen Verhandlungsposition heraus einnehmen?

Nach dem Scheitern des Ahtisaari-Planes gibt es wahrscheinlich im UN-Sicherheitsrat keine Alternative zur Unterstützung der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

Es muss im Interesse der EU liegen, eine gemeinsame Haltung in der Kosovo-Frage einzunehmen, um mit Geschlossenheit Glaubwürdigkeit demonstrieren zu können, die Vorbildcharakter besitzt.

Ein Patentrezept für die Lösung des Konfliktes gibt es derzeit nicht, da alle bekannten Pläne zur Lösung der Status-Frage Destabilisierungsrisiken bergen. Dies ist auch auf den massiven negativen Einfluss interner Akteure auf den Sicherheitssektor zurückzuführen. Organisierte Kriminalität, Korruption etc. sind soziale Phänomene, die nicht balkanspezifisch sind, aber im Zusammenspiel mit den verschiedenen innergesellschaftlichen Problemen wie etwa hoher Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit eine Eigendynamik entwickeln, die das Potential externer Akteure bei der Konfliktlösung stark einschränken. Ohne die Bereitschaft beider Konfliktparteien zu Kooperation und Eigeninitiative werden jegliche Ansätze zur Lösung der Kosovo-problematik scheitern müssen.

Christina Schulz studiert Politikwissenschaften an der Universität Freiburg i.B. und war Praktikantin in der Verbindungsstelle Brüssel